

WEN JUCKEN SCHON 50 MILLIONEN?

Hallo, ARD, ZDF & Co: Was halten Sie von der folgenden Geschäftsidee? Sie schnappen sich irgendeine defizitäre Radiostation oder einen regionalen Fernsehsender und stellen ihn einfach ins Web. Danach „pushen“ Sie ungefragt staatlich geprüfte Meinungsfreiheit unter die Surfer – fertig. Den Rest erledigt die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) für Sie: Mindestens 50 Millionen Mark Mehrumsatz winken, mit denen Sie sich um Ihre wirtschaftliche Effizienz noch weniger Gedanken machen müssen als bisher.

Es ist schon ziemlich merkwürdig: Während marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen in Krisenzeiten eher die Kosten im eigenen Hause optimieren oder ihren Kunden häufig noch mit Preisvorteilen entgegenkommen, fällt amtlich beglaubigten Lizenznehmern zum Gelddrucken in der Regel nichts weiter ein, als noch kräftiger zuzulangen, weil sie den Hals niemals vollkriegen.

Okay – die Argumentation der GEZ konzentriert sich im wesentlichen aus technischer Historie auf die längst nicht mehr nur theoretische Empfangsmöglichkeit von Multimedia-PC. Aber bevor man als satt mitverdienendes Großinkassobüro angesichts scheiternder Steuerreformen über eine wirklich zeitgemäße Adaption angegammelter Gesetze nachdenkt, versuchen es unsere demokratisch legitimierten Medienherrscher lieber erst mal mit Säbelrasseln, um sich kurz vor Waterloo auf später zu vertrösten: „Für Personalcomputer mit Internet-Anschluß sollen vorläufig keine Rundfunkgebühren erhoben werden“. Darauf habe sich laut der Süddeutschen Zeitung vom 6. August 1997 eine Arbeitsgruppe der Rundfunkreferenten der Länder mit Vertretern von ARD und ZDF geeinigt. Oh – wie großzügig, ist man da geneigt zu denken.

Spätestens, wenn uns aber die ARD und Krombacher die Tagesthemen kredenzen, die Advance Bank uns in der zweiten Reihe das Wetter im Heute Journal präsentiert und explorierende Cookies von Mainzelmännchen und Microsoft via www.zdfmsn.de zu kommerziellen Zwecken auf privaten Festplatten recherchieren, droht dem gesetzlich verordneten Rundfunk-Obolus endlich der gnadenlose Exitus.

Wer sich nämlich zu weit aus dem Fenster lehnt, muß damit rechnen, herunterzufallen. Vor allem dann, wenn man „von den Gebühren ... so gesehen“ sowieso „nichts“ habe, wie Dr. Herb von der Rechtsabteilung des Süddeutschen Rundfunks und Fachbeirat der GEZ in einem Interview mit PC-ONLINE (siehe Seite 20 in dieser Ausgabe) geschäftsmännisch abwinkt. Man könnte meinen, daß es sich womöglich um so was wie „Peanuts“ handle, für die sich ein zu frühes Scharmützel mit der Öffentlichkeit nicht lohne.

Gut so! Bis zum Jahr 2000, wenn limitierte Funkfrequenzen für Kabelsender keine Rolle mehr spielen und der Rundfunkstaatsvertrag mit höchster Wahrscheinlichkeit dahingehend überarbeitet werden muß, mangels Steuereinnahmen modernere behördliche Grundlagen für noch mehr Fernsehgebühren ohne politischen Handlungsbedarf zu schaffen, kann sehr viel passieren. Das glauben Sie nicht? Die Deutsche Einheit und das Ende des Kommunismus waren im Sommer 1989 noch reinste Utopie.

Nichts gegen gute Geschäftsideen für ARD und ZDF – nur bitte nicht von hinten durch die Brust ins Auge und auf unsere Kosten. Oder wollen uns öffentlich-rechtliche Programmgestalter und davon profitierende Geldeintreiber allen Ernstes weismachen, ihre im übrigen wirklich sehenswerten Angebote im Web mit Sponsoren-Werbung rund um die Uhr dienen gar wesentlich unserer „Grundversorgung“? Dazu hätten sie das Web erfinden oder wenigstens als erste Anbieter überparteiliche oder nichtkommerzielle Inhalte bereitstellen müssen. Doch hier war der Rest der Welt diesmal schneller.



Thomas Jannot, Chefredakteur



Homepage: <http://www.pconline.de/tjannot>

„Bevor man über eine wirklich zeitgemäße Adaption angegammelter Gesetze nachdenkt, versuchen es unsere demokratisch legitimierten Medienherrscher lieber erst mal mit Säbelrasseln.“

PS: Wußten Sie schon? PC-ONLINE ist Deutschlands erstes unabhängiges und führendes Online-Magazin für Computer und Communications. Unsere IVW-geprüfte monatlich verkaufte Auflage im 2. Quartal 1997: 48 332 Exemplare. Dies entspricht einem Zuwachs von 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.